

FDP

Libérale
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neuengasse 20
Postfach 6136
CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35
F +41 (0)31 320 35 00
info@fdp.ch
www.fdp.ch

Sessionsbericht – Wintersession 2011

Rapport de session – Session d'hiver 2011

05. bis 23. Dezember 2011

Von Julien Chavaz, Fraktionssekretär

La capacité des groupes politiques représentés sous la coupole fédérale à rassembler leurs membres, à tisser des majorités et à mettre en œuvre une stratégie claire se mesure parfaitement lors des élections au Conseil fédéral. Lors de cette session d'hiver 2011, le groupe parlementaire libéral-radical aura parfaitement réussi sa mission ; Didier Burkhalter et Johann N. Schneider-Ammann ont été brillamment reconduits au Conseil fédéral, alors que tous prédisaient aux ministres radicaux une réélection difficile. Pour le reste, l'Assemblée fédérale a fait le choix de réélire Eveline Widmer-Schlumpf alors que son parti n'est que très peu représenté au parlement. Le PLR a toujours fait le choix de la concordance et c'est dans cet esprit qu'il a soutenu l'élection d'un deuxième représentant UDC au gouvernement. Il faut aujourd'hui prendre acte de ce choix et de ce qu'il implique pour notre pays. L'élection au Conseil fédéral d'Alain Berset a généré une réorganisation des départements. Didier Burkhalter reprendra les affaires extérieures. Le groupe libéral-radical se réjouit de ce choix qui doit apporter plus de cohérence au DFAE. Le PLR redoublera d'efforts, dans le domaine de la santé et des assurances sociales, pour empêcher la gauche de mettre en œuvre un politique ruineuse et qui mettrait en danger l'équilibre de solidarité entre les générations.



1. Voranschlag 2012

Die eidgenössischen Räte haben das Budget 2012 unter Dach gebracht. Der von den beiden Räten verabschiedete Bundeshaushalt sieht für das Jahr 2012 wie vom Bundesrat vorgeschlagen Einnahmen und Ausgaben von je rund 64,1 Milliarden Franken und damit ein ausgeglichenes Budget vor. Als einzige wesentliche Änderung zum Bundesrat wurde gegen den Widerstand der FDP die Verkäszungszulage um gut 29 Millionen Franken erhöht. Zusätzlich zu den ordentlichen Einnahmen plant der Bundesrat einen ausserordentlichen Ertrag von 634 Millionen Franken aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen. Der Nationalrat wollte ursprünglich höhere Einsparungen und beantragte Kürzungen beim Bundespersonal und beim Betrieb sowie beim Beratungsaufwand von insgesamt 300 Millionen Franken. Gegen den Widerstand des Ständerates kam er aber mit seinen Sparbeschlüssen nicht durch. Dafür sprach sich die grosse Kammer für eine Erhöhung der Direktzahlungen für die Landwirtschaft um 20 Millionen Franken aus. Diese letzte Differenz konnte erst in der Einigungskonferenz ausgeräumt werden. Wiederum scheiterte der Nationalrat, die Erhöhung um 20 Millionen Franken wurde schliesslich fallengelassen. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst das schuldenbremsenkonforme Budget. Von einem Sparbudget kann jedoch sicher nicht gesprochen werden, denn das Wachstum der Bundesausgaben steigt weiter an. Vor dem Hintergrund sich abzeichnender Mehrausgaben in den nächsten Jahren ist es deshalb zentral, dass der Bundesrat mit der Aufgabenüberprüfung vorwärts macht. Diese soll zur dauerhaften Entlastung und strukturellen Optimierung des Bundeshaushalts beitragen.

2. Ausserordentliche Session Frankenstärke im Stände- und im Nationalrat

Sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat haben diese Session über die negativen Auswirkungen des starken Frankens auf die Schweizer Wirtschaft debattiert. Die kleine Kammer hat dabei darauf verzichtet, dem Bundesrat neue Aufträge zur Bewältigung der Frankenstärke zu erteilen. Zum Bedauern der FDP wurde eine Motion über ein Revitalisierungsprogramm für den Standort Schweiz abgelehnt, welche für die Unternehmen bessere Rahmenbedingungen geschaffen und Kostensenkungen erlaubt hätte. Hingegen ist die FDP froh, dass der bereits im Rahmen des Frankenstärkepakets von Links geforderte Milliardenfonds für exportorientierte Unternehmen erneut keine Zustimmung fand.

Dafür hiess der Nationalrat mit 97:87:4 eine Motion der FDP-Liberale Fraktion gut, die vom Bundesrat bis März 2012 eine Botschaft zur Unternehmenssteuerreform III verlangt. Die Reform soll insgesamt eine Senkung der Unternehmenssteuern bringen. Alle anderen Vorstösse zur Senkung von Gebühren und Abgaben - etwa zu den TV- und Radiogebühren oder der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA - wurden abgelehnt. Auch Vorstösse, die neue währungspolitische Instrumente forderten, waren chancenlos. Weiter sprach sich der Nationalrat sehr knapp mit 92:93:4 für eine vorübergehende Befreiung des Tourismussektor von der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr aus. Die FDP ist sich bewusst, dass der starke Franken gewisse Schweizer Tourismusregionen hart trifft und dass viele Arbeitsplätze gefährdet sind. Die Fraktion will aber erst einmal prüfen, welche Massnahmen der Branche in der heutigen Situation mit dem starken Franken tatsächlich von Nutzen sind. Die FDP hat deshalb an der letzten WAK-N Sitzung vom Bundesrat einen Bericht verlangt, welcher eine Kosten-Nutzen-Evaluation von Massnahmen in den Bereichen Mehrwertsteuer, Zöllen, Lebensmittelpreisen und Touristenvisa vornimmt. Vor der Entscheidung über eine befristete MWST-Senkung hätte die FDP lieber erst die Ergebnisse dieses Berichts abgewartet. Es ist jetzt zu hoffen, dass bei der Behandlung der entsprechenden Motion im Ständerat die Ergebnisse des Berichts berücksichtigt werden.

3. Ergänzung verschiedener Doppelbesteuerungsabkommen

Die Schweiz passt ihre Amtshilfepraxis dem geltenden OECD-Standard an. Sie leistet künftig vielen Staaten auch dann Amtshilfe, wenn diese den Namen und die Adresse des mutmasslichen Steuer-

sünder nicht angeben, sondern wenn dessen Identifikation auf andere Weise erfolgt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Ergänzung diverser Doppelbesteuerungsabkommen zugestimmt. Es handelt sich um die Abkommen mit Dänemark, Finnland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Katar, Luxemburg, Mexiko, Norwegen und Österreich. Die FDP begrüsst diese Anpassung. Es ist unerlässlich, dass sich die Schweiz an die geltenden globalen Standards bezüglich Amtshilfe hält. Der aktuellen Entwicklung des Amtshilfestandards vorausseilende Anpassungen unserer Gesetzgebung, bspw. bezüglich Gruppenanfragen, lehnt die FDP jedoch ab. In Bezug auf das weitere Vorgehen in Sachen Bankgeheimnis kündigte Finanzministerin Widmer-Schlumpf für kommandes Jahr Entscheidungsgrundlagen an. Im Januar will der Bundesrat einen Bericht zur "Weissgeldstrategie" vorlegen. Die FDP wird diesen Bericht genauestens prüfen und vor diesem Hintergrund anschauen, ob die im April 2010 von unseren Delegierten verabschiedete Weissgeldstrategie aktualisiert werden muss.

4. Atomausstieg

Der Nationalrat debattierte am Dienstag zum zweiten Mal über den Atomausstieg. Im Juni hatte er drei Motionen aus CVP, BDP und GP für den Atomausstieg angenommen. Der Ständerat hatte deren Formulierung im September aber leicht verändert. Nun hat sich der Nationalrat den Änderungen angeschlossen. Der Entscheid wurde mit 125: 58 (RL 13:10) Stimmen getroffen. Um zu gewährleisten, dass die bestehenden nuklearen Anlagen bis zur letzten Betriebsminute sicher betrieben werden können, und auch damit für den Rückbau die notwendige Expertise vorhanden ist, muss die Schweiz ein attraktiver Standort für die Nuklearforschung bleiben. Nur so kann gewährleistet werden, dass für den Betrieb und den Rückbau der Kernkraftwerke ausreichend qualifizierte Experten zur Verfügung stehen. Nach wie vor ist die FDP aber skeptisch, wie der Atomausstieg vollzogen wird.

Im Anschluss daran beschloss der Nationalrat mit 125:51 (RL 19:4) auch eine konkrete Gesetzesänderung, wonach der Bund direkt Vorschriften für den maximalen Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten erlassen kann und nicht mehr zuerst freiwillige Vereinbarungen mit den Produzenten abschliessen muss. Die EU ist bereits zu direkten Verbrauchsvorschriften übergegangen; die Schweiz kann somit deren Normen übernehmen. Der Ständerat hatte die Gesetzesänderung im Juni gut geheissen. Entsprechend der Position der FDP wurden die Motionen angenommen, welche eine Beschleunigung der Verfahren bei Energieprojekten fordern.

5. Für ein gesundes Klima. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Revision

Nach einer Grundsatzdebatte über die weltweite Klimapolitik und die Folgen des geplanten Atomausstiegs hat der Ständerat das neue CO₂-Gesetz bestätigt. Gaskraftwerke können bis zur Hälfte des Treibhausgasausstosses im Ausland kompensieren. Der Antrag von Ständerat Pankraz Freitag, das CO₂-Gesetz an den Bundesrat zurückzuweisen, scheiterte klar. Für die FDP-Liberale Fraktion präsentiert sich das CO₂-Gesetz als eine inkonsequente Vorlage mit höchst ambitionierten Zielen, aber keinen griffigen Instrumenten. Vor diesem Hintergrund befürchtet die FDP, dass die Umsetzung dieses Gesetzes gestützt auf folgende Überlegungen zu Lasten der Industrie erfolgen wird. Gemäss CO₂-Gesetz soll die Reduktion von 20% der CO₂-Emissionen ausschliesslich im Inland erfolgen. Doch ausgerechnet der grösste inländische CO-Produzent, der Verkehr, wird ausgeklammert, indem keine CO₂-Abgabe auf den Treibstoffen erhoben wird. Weiter ist festzustellen, dass bei den parallel laufenden Arbeiten des Bundesamts für Umwelt (BAFU) bezüglich der Abgabebefreiung keine zufriedenstellenden Vorschläge für die Industrie vorliegen (konkret: zu steile Absenkpfade mit ungenügender Berücksichtigung der Vorleistungen und fehlender Flexibilität für wirtschaftliches Wachstum). In der Schlussabstimmung wurde das CO₂-Gesetz von der Fraktion teilweise angenommen und teilweise abgelehnt. Zugestimmt wurde dem Gesetz, weil die FDP-Liberale Fraktion überzeugt ist, dass

die CO₂-Emissionen reduziert werden müssen. Hochwertige Energieressourcen wie fossile Energien – die in der Emission Probleme machen, aber in der Verwendung für viele Grundstoffe, wie etwa Medikamente, wichtig sind – dürfen nicht leichtfertig verheizt werden. Abgelehnt wurde das Gesetz aber auch, weil das Reduktionziel, die 20% CO₂-Emissionen ausschliesslich im Inland zu reduzieren und den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, unrealistisch ist. Das globale Klima ist kein Thermostat, den die Schweiz mit einer Revision des CO₂-Gesetzes auf die gewünschte Erwärmung einstellen kann. Diese Zweiteilung der Fraktion ist als Aufforderung an Bundesrat und das Parlament zu verstehen, die gesamte Problematik der CO₂-Emissionen mit der Energiefrage zu verknüpfen. Das Klimaproblem ist ein Energieproblem. Es geht um die Frage, wie wir in Zukunft mit einer realistischen und umsetzbaren Politik Energie produzieren und effizient nutzen, ohne CO₂-Emissionen zu erzeugen. Das vorliegende Gesetz hat die Gelegenheit verpasst, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

Vor diesem Hintergrund nahm das Parlament das revidierte CO₂-Gesetz mit 130:61 Stimmen bei 3 Enthaltungen (NR) und 34:6 Stimmen bei 4 Enthaltungen (SR) in der Schlussabstimmung an.

6. Via Sicura. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr

Der Eintretensbeschluss des Nationalrates zum Strassensicherheitspaket Via Sicura (Gegenvorschlag zur Volksinitiative Schutz vor Rasern) erfolgte mit 129:45 Stimmen (RL 26:0). In diesem Paket setzte sich die FDP-Liberale-Fraktion dafür ein, nur Regulierungen zu unterstützen, welche einen wirklichen Sicherheitsgewinn bewirken. Für die FDP ist das effizienteste Mittel zur Steigerung der Verkehrssicherheit die Sanierung der Infrastruktur an jenen Stellen, wo eine Unfallhäufung zu verzeichnen ist. Aus diesem Grund lehnte die FDP mit der Mehrheit des Parlaments das Mindestalter für Radfahrer auf 7 Jahre festzulegen mit 121:41 (RL 17:4) ab, weil die Eltern diese Verantwortung wahrnehmen sollen und nicht der Gesetzgeber. Das geltende Verbot, dass Kinder im vorschulpflichtigen Alter nicht Velo fahren dürfen, ist gemäss der FDP übertrieben und wird in der Praxis auch gar nicht eingehalten. Mit 120:58 (RL 25:0) Stimmen lehnte es die FDP auch ab, befristete Führerausweise einzuführen. Die FDP-Liberale Fraktion beantragt ausserdem, dass die beweissichere Blutprobe zur Feststellung der Alkoholkonzentration nicht durch die Atemalkoholprobe ersetzt wird. Dieser Antrag wurde vom Nationalrat mit 171:7 (RL 25:0) angenommen. Spürbar verschärft wird das Strassenverkehrsrecht nach den Beschlüssen beider Kammern für Raser. Damit ergibt die Gesetzesrevision auch einen indirekten Gegenvorschlag zur hängigen Anti-Raser-Initiative. Und mit 114 zu 63 RL (10:16) Stimmen angenommen wurde auch die Bestimmung, dass die Gerichte bei groben skrupellosen Verkehrsregelverletzungen das Fahrzeug beschlagnahmen lassen können.

7. Reform der Invalidenversicherung

Der Ständerat hat einer Änderung des IV-Rentensystems mit 30:9:4 zugestimmt: Ziel der zweiten Etappe der 6. IV-Revision ist es, die defizitäre Invalidenversicherung ins Gleichgewicht zu bringen. Nebst Sparen ist es auch das Ziel, durch ein stufenloses Rentensystem die falschen Anreize des heutigen vierstufigen Systems zu beseitigen und mit einem Interventionsmechanismus künftige Defizite zu verhindern. Das Prinzip „Arbeit vor Rente“ soll mit der Eingliederung von IV-Bezüglern in die Arbeitswelt realisiert werden.

Kinderrenten wurden von 40 auf 30% gekürzt (23:19) und damit heutigen Gegebenheiten angepasst (seit Einführung der Kinderrenten sind zusätzlich Familienzulagen oder Renten aus der 2. Säule hinzugekommen). Gegen den Willen des Bundesrates wurden laufende Renten von den Reformen geschont (31:12). Damit reduzieren sich die jährlichen Ersparnisse um weitere 80 Millionen CHF. Damit sind von den anfänglich geplanten 700 Millionen nur noch 250 Millionen übrig.

Mit dieser starken Verminderung des Sparwillens gerät die fristgerechte Sanierung der Versicherung zunehmend in Gefahr. Anlässlich der Volksabstimmung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat der Bundesrat dem Volk versprochen, dass bis zum Auslaufen dieser Zusatzfinanzierung per Ende 2017 die IV ausgabenseitig saniert wird, sodass sie danach auf eigenen Beinen stehen kann.

Trotz der Schonung der laufenden Renten drohen Linke und Behindertenverbände mit dem Referendum. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

8. Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012 (beide Räte):

Einstimmig beziehungsweise diskussionslos haben Nationalrat und Ständerat den Antrag der Einigungskonferenz zugestimmt, den Rahmenkredit für die Berufsbildung und die Zahlungskredite auf die gesetzlich vorgesehenen 25% anzuheben.

Damit werden der Rahmenkredit für Berufsbildung auf 757,6 Mio. Franken und die Zahlungskredite auf 88 Mio. Franken angehoben. Das sind 82 respektive 18 Mio. Franken mehr, als der Bundesrat beantragt hatte. Insgesamt beläuft sich der BFI-Kredit auf knapp 5,3 Mrd. Franken.

9. Gegenentwurf zur Minder-Initiative

Der auch in dieser Session beratene indirekte Gegenvorschlag zur Minder-Initiative besteht aus zwei Vorlagen. Vorlage 1 war in der Detailberatung im Nationalrat und enthält keine Bonus-Steuer. Vorlage 2 hingegen beinhaltet aktien- und steuerrechtliche Bestimmungen für den Anteil von Vergütungen, welcher 3 Millionen Franken übersteigt. FDP.Die Liberalen ist erfreut, dass der Nationalrat mit 98:85 erneut einen indirekten Gegenentwurf zur Minder-Initiative mit Bonus-Steuer abgelehnt hat. Die nun beschlossene Lösung bezüglich der Abstimmung über die Vergütung der Geschäftsleitung ist ein annehmbarer Kompromiss zwischen den Anliegen der Initiative und der Handlungsfreiheit der Aktionäre. FDP.Die Liberalen setzt sich weiterhin für ein progressives, flexibles, wirtschaftsnahes Aktienrecht ein, denn die Flexibilität des schweizerischen Aktienrechts ist ein wichtiger Standortvorteil, den es zu wahren gilt.

10. Rechnungslegungsrecht

Die Revision des Rechnungslegungsrechts ist abgeschlossen. Damit wird ein weiterer Teil der Aktienrechtsrevision beendet. Nachdem der Nationalrat vorerst an vier Differenzen festgehalten hatte, musste die Einigungskonferenz über diese entscheiden. Die Einigungskonferenz sprach sich bei diesen verbliebenen Differenzen für die Vorschläge des Ständerates aus. Folglich hiess dieser die Entscheide der Einigungskonferenz stillschweigend gut. Auch der Nationalrat hat den Vorschlag der Einigungskonferenz angenommen. In der Schlussabstimmung wurde das Geschäft im Nationalrat mit 129:2:3 und im Ständerat mit 44:0 angenommen. FDP.Die Liberalen begrüsst, dass nach vier Jahren Detailberatung das sachlich veraltete Recht nun durch das einheitliche gestaltete, nach Unternehmensgrösse differenzierte Rechnungslegungsrecht abgelöst wird. Diese Differenzierung ermöglicht, dass unnötiger bürokratischer Aufwand für KMU weitgehend verhindert werden kann.

11. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Erneuerungswahlen Gesamtbundesrat – Am 14. Dezember 2011 wählte die Vereinigte Bundesversammlung den Gesamtbundesrat. Doris Leuthard (CVP), Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), Ueli Maurer (SVP), **Didier Burkhalter (FDP)**, Simonetta Sommaruga (SP) und **Johann Schneider-Ammann (FDP)** wurden alle im ersten Wahlgang wiedergewählt. Für die Nachfolge von Micheline Calmy-

Rey (SP) stellten sich Alain Berset sowie Pierre-Yves Maillard (beide SP) und Jean-François Rime (SVP) zur Wahl. Im zweiten Wahlgang wurde Alain Berset gewählt.

Bundespräsidentin 2012 wird Eveline Widmer-Schlumpf, Ueli Maurer wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Nationalratspräsident 2011/12 wird Hansjörg Walter (SVP), NR-Vizepräsidentin Maya Graf (GPS). **Präsident des Ständerates** 2011/12 wird **Hans Altherr (FDP)**, SR-Vizepräsident zum SR-Vizepräsidenten wählte die VBV Filippo Lombardi (CVP).

Corina Casanova wird im ersten Wahlgang in ihrem Amt als **Bundeskanzlerin** bestätigt.

Departementsverteilung - Am 16. Dezember 2011 verteilte der Bundesrat die Departemente neu. Dabei wechselt BR Didier Burkhalter vom Innen- ins Aussendepartement, Alain Berset wird neu Innenminister. Die übrigen Departemente bleiben unverändert.

Richterwahlen – Am 21. Dezember 2011 wählte die Vereinigte Bundesversammlung mehrere Richter: Marie-Chantal May Canellas (VS) wird neue Richterin am **Bundesverwaltungsgericht**. Yves Rüedi (GL) wird **nebenamtlicher Richter am Bundesgericht**. Er ersetzt Georges Greiner, der Ende 2011 zurücktritt.

Schliesslich hat die VBV den Präsidenten, die vier Richter und die vier Ersatzrichter des Militärkassationsgerichts für die neue Amtsperiode ab 2012 im Amt bestätigt. Präsiert wird das Militärkassationsgericht von Theo Bopp.

12. Geschäfte beider Räte

Bahnreform - Die vom Bundesrat festgelegten finanziellen Ziele für die SBB sollen nicht allein für die Festsetzung der Tarife im Fernverkehr massgebend sein; der Preisüberwacher soll weiterhin dafür sorgen, dass diese nicht höher sind, als wenn sie im freien Wettbewerb zustande kämen. Die FDP-Liberale-Fraktion unterstützt diesen Entscheid, weil damit die volkswirtschaftliche Optik bei den Eisenbahnen gestärkt wird.

Ärztetarif/Tarmed - Der Bundesrat kann künftig den Ärztetarif Tarmed anpassen, wenn die Tarifpartner sich nicht einigen können (NR 149:1:35 (RL 28:0:2), SR 34:1:8). Bei der letzten Differenz zur Vorlage ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt: Das Antragsrecht des Preisüberwachers wird nicht ins Gesetz aufgenommen, weil dieser in Tariffragen ohnehin angehört wird. Bereits geeinigt hatten sich die Räte über die Übermittlung von Patientendaten in codierter Form. Die Regelung war nötig geworden, weil sich Spitäler und Krankenkassen über diesen Punkt des neuen Fallpauschalensystems nicht einig geworden sind. Ärzte und Spitäler wehren sich gegen die Datenübermittlung und haben ein Referendum angekündigt.

Médecins Généralistes - Les chambres ont adopté en vote final, à l'unanimité, une modification de la loi sur l'assurance-maladie (LAMal) ayant trait à l'évaluation de l'économicité des prestations médicales (art. 56 LAMal). Aux termes du nouvel alinéa 6, les assureurs et les fournisseurs de prestations doivent, dans un délai de douze mois suivant l'entrée en vigueur, convenir d'une méthode visant à contrôler le caractère économique des prestations. Cette méthode doit être paritaire et objective, à savoir tenir aussi compte de la morbidité.

Nachrichtendienst – Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit ist mit einer letzten verbleibenden Differenz bei Artikel 18, der das Auskunftsrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Eidgenossenschaft in Bezug auf Datensammlung und -bearbeitung regelt, in den Nationalrat gekommen. Im Gegensatz zum Ständerat wollte der Nationalrat bisher das Auskunftsrecht für möglicherweise fichierte Personen abschwächen. Gesuchsteller sollten wie bisher lediglich vom Datenschützer prüfen lassen können, ob der Staatsschutz unrechtmässig Daten über sie bearbeitet. Bundesrat und Ständerat wollen ein direktes Auskunftsrecht. Da sich das Geschäft in der letzten Runde vor der Einigungskonferenz befand und der Ständerat in dieser Frage geschlossen stimm-

te, beschloss der Nationalrat mit 114:12 dem Ständerat zu folgen. FDP. Die Liberalen begrüsst, dass die letzte Differenz beseitigt wurde und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit 145:36:9 im Nationalrat) und 38:0:3 im Ständerat angenommen wurde.

13. Geschäfte des Nationalrats

Übereinkommen über Streumunition. Kriegsmaterialgesetz. Änderung – Der Nationalrat ist nicht überzeugt, dass die Schweizer Armee Streumunition tatsächlich braucht. Gegen den Antrag seiner Sicherheitskommission ist er mit 143:37 (RL 29:1) Stimmen auf ein Abkommen und eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes eingetreten. Für die FDP-Liberale-Fraktion würde die Armee durch ein Streumunitions-Verbot zu sehr geschwächt, wenn der Bundesrat nicht aufzeigt, wie die Artillerie der Zukunft aussieht. Aus diesem Grund stellte sie einen Rückweisungsantrag, der mit 128:56 (RL 14:11) scheiterte.

Jugend + Musik - Der Nationalrat nimmt mit einem neuen Gegenentwurf zur Volksinitiative "Jugend + Musik" praktisch alle Anliegen der Initianten auf (119:44 (RL: 0:21)). Nach dem Ständerat sprach sich die grosse Kammer nun auch dafür aus, einen Gegenentwurf zu formulieren. Trotz dem Gegenentwurf will der Nationalrat aber die Initiative weiterhin zur Annahme empfehlen; bei der Stichfrage empfiehlt er dem Volk den Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag regelt einzig, dass der Bund die Kantone mitwirken lassen muss, wenn er Grundsätze zur musikalischen Bildung festlegt.

Schuldenbremse bei den Sozialwerken - Bei der AHV und der IV soll eine Schuldenbremse eingeführt werden. Mit 96:66 (23:0) Stimmen ist der Nationalrat dem Ständerat gefolgt und hat eine entsprechende Motion von Werner Luginbühl (BDP/BE) an den Bundesrat überwiesen. Der Nationalrat widerspricht damit seiner Sozialkommission, welche die Motion - gegen den Willen der FDP Deputation - zur Ablehnung empfohlen hatte.

Mehrwertsteuer-Einheitssatz - Der Mehrwertsteuer-Einheitssatz ist vom Tisch. Der Nationalrat hat zum Bedauern der FDP zum zweiten Mal entschieden, den Vorschlag des Bundesrats für einen Einheitssatz zurückzuweisen. Damit hat das Parlament die Chance vertan, mit seiner Zustimmung zum Einheitssatz die administrativen Kosten für die Unternehmen im zweistelligen Prozentbereich zu senken. Angesichts der Frankenstärke und der drohenden Rezessionsgefahr ist dieser Entscheid aus Sicht der FDP nicht nachvollziehbar. Nun muss der Bundesrat über die Bücher und eine Mehrwertsteuer mit zwei Sätzen ausarbeiten.

Kapitaleinlageprinzip - Am letzten Sessionstag hat der Nationalrat im Rahmen der Behandlung der bekämpften Vorstösse mit Unterstützung der FDP-Fraktion zwei Motionen abgelehnt. Beide hatten eine Einschränkung des steuerlichen Kapitaleinlageprinzips verlangt. Das Kapitaleinlageprinzip ist als Teil der Unternehmenssteuerreform II erst auf Anfang 2011 in Kraft getreten. Mit der Reform wurde die frühere Doppelbesteuerung von Kapitaleinlagen und damit ein erheblicher Standortnachteil beseitigt. Das führte bereits zum Zuzug mehrerer international tätiger Unternehmen in die Schweiz. Die Wiedereinführung der früheren Regelung wäre insbesondere diesen Unternehmen gegenüber nicht vertretbar gewesen. Bei den sich verdüsternden wirtschaftlichen Aussichten und dem internationalen Druck auf die schweizerische Steuerpolitik wäre eine derartige Schwächung unseres Landes unverantwortlich gewesen. Die Schweiz hätte ihren Ruf als verlässlichen Standort selber demontiert und damit ein klassisches Eigengol geschossen.

Exonération des primes d'assurance-maladie pour les enfants - Le Conseil national a par 106:65:5 (RL : 23 :0) enterré une initiative exigeant que les enfants jusqu'à l'âge de 18 ans et les jeunes adultes en formation jusqu'à 25 ans soient exonérés du paiement des primes d'assurance-maladie sociale. La majorité s'oppose à ce que les jeunes adultes en formation soient également exonérés du paiement des primes (un projet d'acte visant à exonérer les enfants du paiement des primes d'assurance-maladie est en cours d'élaboration). Si les jeunes adultes en formation n'étaient plus

tenus de payer de primes, d'autres sources devraient être trouvées pour compenser le manque à gagner qui en résulterait ; les adultes âgés de plus de 25 ans pourraient ainsi voir leurs primes augmenter de manière considérable.

Volksinitiativen - Der Nationalrat hat mit 99:55 eine Motion aus dem Ständerat angenommen, welche verlangt, dass der Bund Volksinitiativen vor Beginn der Unterschriftensammlung inhaltlich vorprüft. Die Vorprüfung soll unverbindlich sein. Besteht die Initiative die Vorprüfung nicht, müsste auf den Unterschriftenbögen ein Warnhinweis angebracht werden, dass die Initiative möglicherweise mit dem Völkerrecht in Konflikt steht. Die FDP bedauert, dass mit 103:55 eine weitere Motion aus der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates angenommen wurde, die viel weiter geht. Demnach soll der Katalog der Gründe erweitert werden, aus denen eine Initiative für ungültig erklärt werden kann. Wir sehen keinen Gewinn darin, dass sich Schweizerinnen und Schweizer zu bestimmten Themen nicht äussern sollten.

Volksinitiative "Staatsverträge vors Volk" – FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Nationalrat dem Ständerat stillschweigend gefolgt ist und so die AUNS-Initiative "Staatsverträge vors Volk" ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung kommt. Dadurch können die Kräfte im Abstimmungskampf gegen die Volksinitiative gebündelt werden. In der Schlussabstimmung wurde die Initiative mit 139:56:1, im Ständerat mit 36:6:1 zur Ablehnung empfohlen.

Biometrische Ausweise – Die biometrischen Pässe und Ausweise stellen den Datenschutz vor neue Herausforderungen. Deshalb hat der Nationalrat vier parlamentarische Initiativen ohne Gegenstimme gutgeheissen, die unter anderem verlangen, dass auf eine zentrale Speicherung der Daten verzichtet wird. Weiter will der Nationalrat sicherstellen, dass über den Schweizer Pass hinaus keine weiteren Ausweisarten zwingend mit einem biometrischen Chip ausgerüstet werden müssen. Die Vorstösse gehen nun in den Ständerat.

Zwangsheiraten – FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Nationalrat einstimmig auf die Gesetzesvorlage zu neuen Massnahmen gegen Zwangsheiraten eingetreten ist.

Menschenhandel - Das Übereinkommen über die Bekämpfung des Menschenhandels des Europarates bezweckt die innerstaatliche und zwischenstaatliche Bekämpfung aller Formen des Menschenhandels. Gefährdete Zeuginnen und Zeugen in Fällen von Menschenhandel sollen eine neue Identität erhalten und geschützt werden. Wir begrüssen, dass nach dem Ständerat auch der Nationalrat mit 160:5 der Ratifizierung des Europarats-Übereinkommens gegen den Menschenhandel zugestimmt hat. Das geltende schweizerische Recht erfüllt diese Anforderungen bereits weitgehend. Die im ausserprozessualen Zeugenschutz notwendigen gesetzlichen Anpassungen wurden vom Parlament gutgeheissen. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage in den Räten mit 156:32:7 und 44:0 angenommen.

Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes: Der Nationalrat hat die letzte Differenz bei der Revision des Bundesstatistikgesetzes ausgeräumt. In der Schlussabstimmung hat der Nationalrat die Vorlage mit 182:10:4, der Ständerat mit 37:4:3 gutgeheissen. Wir begrüssen, dass damit die Teilnahme an statistischen Umfragen des Bundes mit Ausnahme der Volkszählung künftig freiwillig ist.

Integration: Der Bundesrat soll auf der Grundlage des Berichts zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes ein Integrationsrahmengesetz oder eine entsprechende Revision des Ausländergesetzes und der betroffenen Spezialgesetze ausarbeiten. Wir begrüssen, dass der Nationalrat seine vom Ständerat abgeänderte Motion mit 108:42 angenommen hat. Die Motion der staatspolitischen Kommission geht auf die Parlamentarische Initiative „Rahmengesetz für eine Integrationspolitik“ zurück, die wir zugunsten der Motion zurückgezogen haben.

Strafrecht - Der Nationalrat hat mit 79:76 eine Motion, die wieder kurze Freiheitsstrafen statt bedingte Geldstrafen möchte, in einen Prüfungsauftrag umgewandelt. Der Grund dafür ist, dass der Bundesrat die Revision des Strafgesetzbuchs bereits aufgegleist hat.

Kurdes de Syrie – Le Conseil national a tacitement adopté une motion de sa commission de politique extérieure demandant à la Suisse de s'engager activement pour la suppression de toute discrimination à l'égard de la minorité kurde en Syrie. Le Conseil fédéral l'a soutenue, mais veut s'engager pour les droits humains de toute la population syrienne.

14. Geschäfte des Ständerats

Mo. Gutzwiller. Keine Lex Chavalon – Mit Blick auf den Klimaschutz setzte sich die FDP-Liberale Fraktion für strenge Regeln bei der Kompensation der CO₂-Emissionen von Gaskraftwerken ein. Vor diesem Hintergrund wehrte sich die FDP gegen Sonderregeln für das geplante Gaskraftwerk Chavalon. Der Ständerat hat am Mittwoch mit 23 zu 11 Stimmen eine Motion von Felix Gutzwiller abgelehnt, die eine "Lex Chavalon" verhindern wollte. Für die FDP kann es nicht sein, dass der Ausstieg aus der Kernenergie nicht auch zu einem Ausstieg aus dem Klimaschutz führt.

Präventionsgesetz – Der Ständerat stellt sich gegen das Präventionsgesetz: Mit 20:19 Stimmen lehnte er es ab, die Detailberatung für dieses Koordinationsgesetz aufzunehmen. Die Vorlage geht damit zurück an den Nationalrat, der dem Gesetz zugestimmt hatte. Die Befürworter hatten betont, es gehe lediglich um Koordination, nicht um neue Verbote oder Abgaben. Die Gegner fanden das Gesetz unnütz oder befürchteten eine Einmischung in die Belange der Kantone.

Industrie pharmaceutique - Le Conseil des Etats a tacitement adopté une motion chargeant le Conseil fédéral de présenter, d'ici à l'été 2012, un plan directeur visant à maintenir voire à renforcer le pôle suisse de recherche, de développement et de production dans le domaine de l'industrie biomédicale (technologie médicale, biotechnologie, industrie pharmaceutique). Ce plan directeur doit indiquer comment il convient de réformer le cadre régissant les examens de l'efficacité et de l'économie des thérapies, d'alléger la bureaucratie en matière d'études cliniques et d'accélérer les procédures d'autorisation des nouveaux médicaments et des nouvelles thérapies. Il doit aussi exposer comment renforcer le pôle de recherche suisse s'agissant des maladies orphelines et améliorer la protection de la propriété intellectuelle. Les sénateurs ont souligné l'importance majeure de la recherche et de l'industrie biomédicales pour le domaine sanitaire et l'économie du pays. Il a en outre insisté sur la nécessité de conserver un cadre favorable.

Gruppenanfragen bei der Amtshilfe – Der Ständerat hat seinen Widerstand gegen Gruppenanfragen aufgegeben. Er ist einverstanden damit, dass die Schweiz den USA in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe leistet, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von Personen bezieht und diese nicht über Namen oder Kontonummern, sondern über Verhaltensmuster identifiziert werden. Die kleine Kammer hat mit Hilfe der FDP-Ständeräte mit 27:5:4 Stimmen einer entsprechenden Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA zugestimmt. Nun wird sich im Januar die nationalrätliche WAK mit dem Geschäft befassen. Die FDP-Liberale Fraktion ist im Nationalrat bereit, eine vernünftige Lösung in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Börsengesetz – In Zukunft wird auf dem Finanzplatz Schweiz härter gegen Börsendelikte vorgegangen. Der Ständerat hat die Vorlage des Bundesrats einstimmig und unverändert gutgeheissen. Auf Ebene des Strafrechts wird insbesondere der Straftatbestand des Insiderhandels bemängelt, da dieser unpräzise und im Vergleich zum europäischen Recht zu eng gefasst sei. Weiter wird die heutige Regelung zur Berechnung der Busse bei Verletzung der Pflicht zur Offenlegung von Beteiligungen aus rechtsstaatlichen Gründen als problematisch beurteilt. Auf Ebene des Aufsichtsrechts wird beanstandet, dass in der Schweiz im Unterschied zur EU Insiderhandel und Marktmanipulation nicht für sämtliche Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer verboten sind. FDP. Die Liberalen begrüsst die Be-

kämpfung von marktmissbräuchlichen Verhaltensweisen, weil dadurch die Integrität und Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Finanzplatzes gestärkt werden. Einige Anpassungen, wie beispielsweise im Bereich der Kontrollprämien erachten wir hingegen als sinnvoll. Das Geschäft geht nun zur Beratung in die Rechtskommission des Nationalrates.

Potentatengelder – Der Ständerat hat eine Motion angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine gesetzliche Grundlage für die Blockierung von Potentatengeldern zu schaffen. Denn das am 1. Februar 2011 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen gilt nur für jene seltenen Fälle, in denen aufgrund des Versagens staatlicher Strukturen im ersuchenden Staat, in dem die politisch exponierte Person ihr öffentliches Amt ausübt oder ausgeübt hat, ein internationales Rechtshilfeersuchen in Strafsachen gestellt wurde, aber zu keinem Ergebnis führt. Dieses Gesetz wird demnach in den jüngsten Fällen nicht angewendet, in denen Vermögenswerte aus mehreren nordafrikanischen Ländern blockiert worden sind. Deshalb begrüßen wir, dass diese allgemeinen Regeln ergänzt werden, die als Rechtsgrundlage für die Entscheide des Bundesrates dienen.

Beschleunigung öffentlicher Beschaffungen - Rekurse gegen Vergabeentscheide in national wichtigen Bauvorhaben wie der NEAT bleiben möglich. Nach dem Nationalrat lehnte auch der Ständerat ab, auf eine Gesetzesrevision einzutreten. Auf Aufforderung des Parlaments nach kostspieligen Verzögerungen beim Bau der NEAT schlug der Bundesrat vor, die aufschiebende Wirkung von gewissen Beschwerden im Beschaffungswesen auszuschliessen. Diese Variante erachtet der Nationalrat als problematisch, weil dadurch der Rechtsschutz beeinträchtigt und gegen WTO-Recht verstossen würde.

Asylgesetz - Der Ständerat hat mit 14:4:16 ein Massnahmenpaket zur Verschärfung des Asylgesetzes gutgeheissen. Wir begrüßen, dass Wehrdienstverweigerer in der Schweiz nicht mehr als Flüchtlinge gelten sollen und dass es in Zukunft nicht mehr möglich ist, auf einer Schweizer Botschaft im Ausland Asylgesuche einzureichen. Als wenig zielführend beurteilen wir hingegen die Einführung einer Vorbereitungsphase beim Asylverfahren, da dies auch ohne Gesetzesänderung möglich ist, die Verpflichtung zur Geltendmachung von medizinischen Vorbringen bereits am Anfang des Verfahrens bringt keine Beschleunigung, da diese Massnahme die Geltendmachung von solchen Asylgründen im Nachhinein nicht ausschliesst. Ebenso unnötig ist die Verbesserung des Rechtsschutzes, da das geltende Recht mit seinen Verfahrensgarantien ein rechtsstaatlich korrektes Verfahren gewährleistet.

15. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Interpellation: Rückwirkende Volksinitiativen - Wie weiter? – Rückwirkende Volksinitiativen mit für die Bürgerinnen und Bürger belastenden Auswirkungen sind immer wieder Anlass für Rechtsunsicherheit in der Schweiz. Der freisinnige ehemalige Nationalrat Walter Zwingli ging dieses Problem 1991 mit einer parlamentarischen Initiative an. Während der Nationalrat das Problem lösen wollte, war der Ständerat zusammen mit Bundesrat Koller der Auffassung, dass das Problem im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung behandelt werden solle. Das Problem wurde jedoch bis heute nicht mehr angegangen. Aus diesem Grund fordert FDP.Die Liberalen den Bundesrat auf zu erklären, wie der Bundesrat die Rechtssicherheit unter dem Aspekt der Rückwirkung von Volksinitiativen beurteilt, ob er bereit ist, sich diesem Problem wieder anzunehmen und welche Massnahmen er zu treffen gedenkt, um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 23 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte die Wintersession abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 145:36 Stimmen bei 9 Enthaltungen (Nationalrat) und 38:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Ständerat) das Gesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, das fichierten Personen ein neues Auskunftsrecht einräumt;
- › mit 192:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44:0 Stimmen eine Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung, die die Ärzte und Krankenkassen verpflichtet, gemeinsam eine Methode zu entwickeln, um die Wirtschaftlichkeit von Ärzten zu definieren und kontrollieren;
- › mit 129:62 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 44:0 Stimmen eine Revision des Obligationenrechts, mit der das veraltete Rechnungslegungsrecht modernisiert wird;
- › mit 121:53 Stimmen bei 20 Enthaltungen und 27:2 Stimmen bei 15 Enthaltungen eine Änderung des Raumplanungsgesetzes, die die Vorschriften für den Umbau von Bauernhäusern ausserhalb der Bauzone lockert;
- › mit 130:61 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 34:6 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Revision des CO2-Gesetzes, mit der die Schweiz die Klimapolitik bis 2020 festlegt;
- › mit 182:10 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 37:4 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Revision des Statistikgesetzes, mit der die Teilnahme an statistischen Erhebungen mit Ausnahme der Volkszählung freiwillig wird;
- › mit 139:56 Stimmen bei 1 Enthaltung und 36:6 Stimmen bei 1 Enthaltung den Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)" in dem die Räte die Initiative zur Ablehnung empfehlen;
- › mit 156:32 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 44:0 Stimmen den Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels, der die Grundlagen für einen besseren Schutz von Zeugen schafft;
- › mit 193:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44:0 Stimmen Änderungen des Wasserrechtsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes, dank denen Kantone und Gemeinden bei Stromnetz- und Wassernutzungskonzessionen von der Ausschreibungspflicht entbunden werden;
- › mit 139:52 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen einer Revision des Energiegesetzes, die dem Bundesrat die Möglichkeit gibt, zur Steigerung der Energieeffizienz von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten ohne Umweg über freiwillige Massnahmen Verbrauchsvorschriften zu erlassen;
- › eine Ergänzung von neun Doppelbesteuerungsabkommen, mit der präzisiert wird, dass die Schweiz in Steuerfragen auch dann Amtshilfe leistet, wenn die gesuchstellenden Länder den Namen des mutmasslichen Steuersünder nicht angeben. Folgende neun DBA wurden in diesem Sinne angepasst:
- › mit 139:50 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Dänemark;
- › mit 141:50 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Finnland;
- › mit 139:51 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Frankreich;
- › mit 142:50 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Grossbritannien;
- › mit 142:49 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Katar;
- › mit 144:49 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Luxemburg;

- › mit 141:51 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Mexiko;
- › mit 144:49 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Norwegen;
- › mit 144:50 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das DBA zwischen der Schweiz und Österreich;
- › mit 192:0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44:0 Stimmen die Verordnung der Bundesversammlung über das Verbot von Al-Kaida und verwandter Organisationen, mit der das Verbot verlängert wird;
- › mit 140:52 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 44:0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des UNO-Feuerwaffenprotokolls;
- › mit 147:45 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Waffengesetzes, die Voraussetzung für die Ratifizierung des UNO-Feuerwaffenprotokolls ist;
- › mit 159:1 Stimmen bei 35 Enthaltungen und 34:1 Stimmen bei 8 Enthaltungen einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, die dem Bundesrat das Recht einräumt, den Ärztarbeitsvertrag anzupassen, wenn sich die Tarifpartner nicht einigen können;

So oder so wird das Stimmvolk über die Volksinitiative befinden müssen. Mit Ausnahme der Verordnung über das Verbot von Al-Kaida und verwandter Organisationen unterstehen alle anderen Vorlagen dem fakultativen Referendum.

17. Wesentliche Neuerungen der 49. Legislaturperiode

Immunitätskommission – Der Nationalrat verfügt neu über eine Immunitätskommission mit 9 Mitgliedern.

Auflösung der Kommissionen für öffentliche Bauten – Deren Aufgaben werden von den Finanzkommissionen wahrgenommen.

Liste der Zutrittsberechtigten – Jedes Ratsmitglied kann 2 Personen Zutritt zu den nicht öffentlichen Bereichen des Parlamentsgebäudes ermöglichen. Diese Listen sind jetzt auch online einsehbar (www.parlament.ch).